

1 **Antrag zum Landesparteirat, 08. März 2015**

2 **Antragsteller: Landesvorstand**

3

4 **Grün für starke Regionen – Freiräume** 5 **gestalten, Potentiale nutzen**

6 Immer weniger Menschen leben im Saarland. Am stärksten ist der Bevölkerungsrückgang
7 aber in den ländlichen Räumen jenseits der städtischen und mittleren Ballungszentren. Die
8 Schrumpfung ganzer Regionen ist die Folge eines ökonomischen Wandlungsprozesses. Der
9 Strukturwandel wird verstärkt durch die Abwanderung junger Menschen, die es aufgrund von
10 Bildungs- oder Karrierechancen in die Städte zieht. Schließlich trifft das Saarland auch der
11 demografische Wandel, der durch immer weniger Geburten und steigendem Lebensalter zu
12 immer mehr älteren Seniorinnen und Senioren führt.

13 Bis zum Jahr 2030 wird die Einwohnerzahl des Saarlandes von zurzeit knapp über 1 Million
14 auf rund 890.000 sinken. Bis 2060 ist sogar ein Rückgang der Bevölkerung im Vergleich zu
15 heute um rund ein Drittel auf unter 700.000 Personen möglich. Aber nicht allein die
16 Bevölkerungszahl wird sich verändern, sondern auch die Altersstruktur (Double Aging). Im
17 Schnitt verlieren die saarländischen Landkreise laut Zahlen des Bundesinstitutes für Bau-,
18 Stadt- und Raumforschung zwischen 2010 und 2030 über 9 Prozent ihrer Bevölkerung. Bei
19 den Erwerbstätigen ist der Rückgang der saarländischen Landkreise noch höher. Vor allem
20 die eher ländlich strukturierten Landkreise außerhalb der Saarschiene wie Neunkirchen, St.
21 Wendel und der Saarpfalzkreis werden überdurchschnittlich Einwohner und Erwerbstätige
22 verlieren.

23 Die Entwicklung in vielen Regionen des Saarlandes wird auch maßgeblich durch die
24 individuellen Entscheidungen der Menschen beeinflusst, in welcher Region sie leben wollen
25 und welche Lebens- und Arbeitsbedingungen sie dort vorfinden. Deshalb sind auch im
26 Saarland Städte, Gemeinden und Landkreise sehr unterschiedlich vom wirtschaftlichen und
27 demografischen Wandel betroffen. Während die Ballungszentren entlang der Saar weniger
28 schnell schrumpfen, sind ländliche Regionen im Nordsaarland stärker betroffen.

29 Auch wenn Schrumpfungsprozesse heute nur noch von wenigen geleugnet werden, so sind
30 die getroffenen Strategien häufig nicht zukunftsgerichtet: Einige entwickeln

31 Gegenmaßnahmen auf kommunaler Ebene, die die Entwicklung bremsen oder gar
32 umkehren sollen. Wenn diese Maßnahmen nicht greifen, weil der Bezugsrahmen Kommune

33 zu klein gedacht ist, entsteht oft Frust. Stattdessen beleben die Gegenmaßnahmen noch die
34 Konkurrenz der Kommunen: Nicht nur um finanzielle Mittel, sondern vor allem auch um die
35 kostbaren Ressourcen Bevölkerung und gesellschaftliches Engagement. Gegenseitiger
36 Kannibalismus und Lähmung treten ein, wenn sich trotz aller Bemühungen nichts verbessert.
37 Andere versuchen eine aktive Anpassung der Kommune und akzeptieren die Schrumpfung
38 als unabwendbar. Aus Kostengründen reduzieren Verantwortliche dann das Angebot vor Ort.
39 Die Kommune macht dann meist die Erfahrung, dass nun noch mehr Menschen wegziehen,
40 nämlich dahin, wo Kindergarten, Grundschule, Schwimmbad und Bibliothek noch erhalten
41 sind. Daraus entsteht ein Teufelskreis: Je mehr Anpassung der Kommune, desto größer die
42 Wahrscheinlichkeit weiterer Schrumpfung.

43 Wir Grüne verschließen nicht die Augen vor der Realität und halten beide Strategien für
44 falsch. Wir wollen die Herausforderungen nachhaltiger Regionalentwicklung in Zeiten der
45 Schrumpfung schonungslos analysieren. Wir dürfen aber nicht bei der Problemanalyse
46 stehen bleiben, sondern müssen zukunftsorientierte Lösungsansätze entwickeln – im Dialog
47 mit allen Beteiligten. Es gilt, Freiräume zu gestalten und Potentiale, die in allen Regionen
48 schlummern, zu entdecken und zu entwickeln.

49

50 **Nachhaltige Regionalentwicklung lebt von Beteiligung**

51 Wir brauchen ein Umdenken in Verwaltung und Politik, aber auch in den Erwartungen der
52 Bevölkerung an die Garantien, die der Staat bei knapper werdenden Ressourcen leisten
53 kann. Wir Grüne verstehen uns hier als Impulsgeber, die den Prozess kreativ und partizipativ
54 anregen und begleiten wollen. Im Vordergrund muss stehen, dass die Menschen vor Ort die
55 Werkzeuge an die Hand bekommen, die sie brauchen, um ihr eigenes Lebensumfeld optimal
56 mitzugestalten.

57 Der Grundsatz, Engagement zu unterstützen und die Zivilgesellschaft in der
58 Regionalentwicklung bestmöglich zu stärken muss sich bei kommunal Verantwortlichen
59 ebenso widerspiegeln wie in der Politik auf Landes- und Bundesebene. Für uns Grüne misst
60 sich die Attraktivität einer Region nicht ausschließlich an ihrem Wachstum. Vielmehr hat jede
61 Region eigene Potentiale, die es besser zu nutzen gilt.

62 Nachhaltige Regionalentwicklung

- 63 ▪ fördert echte interkommunale Kooperation und regionale Zusammenarbeit statt
64 kommunaler Alleingänge,
- 65 ▪ sucht und stärkt regionale Vorteile und gleicht Nachteile aus statt Patentrezepte zu
66 verschreiben,
- 67 ▪ knüpft an die Situation vor Ort an, unterstützt MacherInnen und innovative Ideen statt
68 uniforme Standardlösungen und Förderung nach dem Gießkannenprinzip anzubieten,
- 69 ▪ lässt Experimente zu, stärkt Raumpioniere und GründerInnen statt mit unflexiblen
70 Denken, Standards und Regelungen zu behindern,

- 71 ▪ schafft mehr Autonomie und Spielräume für die Kommunen statt Vorgaben von oben
72 zu verordnen,
73 ▪ sieht gesellschaftliche Beteiligung, Mitsprache, Engagement und eine
74 diskriminierungsfreie Willkommenskultur als Selbstverständlichkeit an und stärkt den
75 Dialog statt hinter verschlossenen Türen zu entscheiden,
76 ▪ findet neue Definitionen und Parameter von und für Lebensqualität und priorisiert die
77 Anforderungen statt an konservativem Bestandsdenken festzuhalten,
78 ▪ arbeitet ressortübergreifend und auf allen politischen Ebenen Hand in Hand an der
79 Zukunftsaufgabe lebenswerter Regionen statt sich an alten Verwaltungsmuster zu
80 klammern.

81

82 **Willkommen zurück! Grüne Impulse für ein junges Land**

83 Wenn junge Menschen ihre Regionen verlassen, bleiben sie ihrer Herkunft trotzdem
84 verbunden. Viele können sich spätestens wenn es darum geht, eine eigene Familie zu
85 gründen, eine Rückkehr in den ländlichen Raum vorstellen - wenn die Voraussetzungen
86 dafür stimmen.

87 Neben qualitativ hochwertigen Arbeitsplätzen müssen die technische Infrastruktur, also
88 Mobilität oder Breitband-Versorgung, sowie die soziale Infrastruktur wie
89 Bildungseinrichtungen, Freizeitangebote oder Kinderbetreuung den eigenen Ansprüchen
90 entsprechen. Gerade bei klammen kommunalen Finanzen werden leider soziale Angebote
91 gegen technische Infrastrukturen aufgewogen. Dabei sind es gerade Vereine und
92 Freizeiteinrichtungen die Orte lebenswert machen, die Bindung an die Region stärken und
93 junge Menschen zum Bleiben oder Zurückkehren bewegen.

94 Wir brauchen einen ehrlichen und offenen Dialog, um bedarfsgerecht planen zu können auf
95 der Grundlage der Priorisierung der Menschen vor Ort. Freiräume und ungenutzte Gebäude
96 beispielsweise können zwischengenutzt, zu einem Mehrgenerationenhaus umgestaltet oder
97 Büro eines Start-Up-Unternehmens werden, wenn die Kommune entsprechend flexibel auf
98 die Anforderungen eingeht, berät und unterstützt. Innenstädte und Dorfkerne zu beleben
99 steht dabei im Vordergrund.

100 Um eine Willkommen-Zurück-Kultur zu etablieren, wollen wir

- 101 ▪ die Rahmenbedingungen für Handwerk und Mittelstand verbessern und bestehende
102 Förderinstrumente wie die Gemeinschaftsaufgabe zur Förderung der regionalen
103 Wirtschaftsstruktur (GRW) gezielter einsetzen und besser miteinander verzahnen,
104 ▪ auch kleinere Schulstandorte erhalten und zu multifunktionalen Stätten
105 weiterentwickeln, die für alle Generationen zum sozialen Austausch genutzt werden

- 106 können, und die Ausbildung durch Ausbildungspartnerschaften von Unternehmen
107 und Betrieben im ländlichen Raum attraktiv gestalten,
- 108 ▪ die Jugendarbeit auf die Bedürfnisse Kinder und Jugendlicher anpassen, der
109 Zusammenarbeit von Landkreis, Kommune, Schule, Sport- und Kulturvereinen und
110 Jugendorganisationen eine neue Plattform geben und Partizipation in der
111 Regionalentwicklung festschreiben,
 - 112 ▪ die Gesundheitsversorgung durch eine engere Vernetzung der unterschiedlichen
113 AkteurInnen und ihrer jeweiligen Kompetenzen sicherstellen und Versorgungsformen
114 beispielsweise durch mobile Dienste flexibilisieren,
 - 115 ▪ besser über gesundheitliche Präventionsmöglichkeiten und –maßnahmen informieren,
116 damit sich Hochbetagte länger in den eigenen vier Wänden auf dem Land selbst
117 versorgen können,
 - 118 ▪ innovative Ansätze in der Nahversorgung unterstützen sowie Bund und Land zu
119 einem Nahversorgungskonzept treiben,
 - 120 ▪ den Breitband-Ausbau flächendeckend vorantreiben und somit Telearbeitsplätze,
121 Home Office und Telemedizin ermöglichen,
 - 122 ▪ Nahverkehr und Erreichbarkeit der ländlichen Regionen stärker fördern,
 - 123 ▪ durch ein Leerstands- und Baulückenkataster für jede Kommune sowie
124 Nutzungskonzepte für brachliegende Grundstücke Freiräume aufzeigen und die
125 Förderung von Rückbau ermöglichen,
 - 126 ▪ durch zielgerichtete Förder- und Sanierprogramme eine Verschönerung und
127 Aufwertung von kommunalen Kernzonen anreizen.

128

129 **It's the Economy! Regionale Wertschöpfung stärken**

130

131 Der Auf- und Ausbau regionaler Wertschöpfungsketten und regionaler Wirtschaftskreisläufe
132 ist ein wichtiger Baustein, um lebenswerte, zukunftsfähige Regionen zu erhalten. Gleichzeitig
133 wird die Eigenständigkeit vor allem ländlicher Regionen gestärkt. Denn je häufiger ein Euro
134 innerhalb der Region die Hand wechselt, desto mehr Wertschöpfung, qualifizierte Arbeits-
135 und Ausbildungsplätze und regionale Entwicklungsperspektiven werden geschaffen. Der
136 Ausbau von regionalen Produktions-, Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen setzt
137 bewusst auf regionale Innovationspotentiale, nutzt vorhandene Standortvorteile und stärkt
138 Direktbeziehungen zwischen Unternehmen und Endkunden vor Ort.

139 Gute wirtschaftliche Rahmenbedingungen, die Möglichkeit, sich in den Regionen
140 erfolgversprechend wirtschaftlich zu betätigen sind wichtige Voraussetzungen für die
141 Zukunftsfähigkeit unserer Regionen.
142 Wir wollen deshalb:

- 143 • Die Rahmenbedingungen für Handwerk und Unternehmen verbessern, indem wir
144 neue Strukturen für die Wirtschaftsförderung schaffen;
- 145 • junge Leute mit zukunftssträchtigen Studienangeboten aus der Region vor Ort halten.
146 Die internationale Vernetzung unserer Hochschulen ist im Raum Saar-Lor-Lux zu
147 stärken. Wir brauchen offene Strukturen, um überregional als attraktiver Studien-,
148 Forschungs-, Arbeits-, und Lebensort anerkannt zu werden.
- 149 • Die finanziellen Rahmenbedingungen der Kommunen verbessern, indem
150 zusätzliche direkte oder indirekte Aufgabenübertragungen an die Kommunen durch
151 Bund und Länder finanziell ausgeglichen werden. Echte interkommunale
152 Zusammenarbeit darf zudem steuerlich nicht benachteiligt werden.
- 153 • Mit Erleichterungen für Genossenschaftsmodelle engagierten Akteuren vor Ort eine
154 Rechtsform bieten, die z.B. das Führen von Dorfläden mit nur marginalen Gewinnen
155 ermöglicht.
- 156 • Die Förderlandschaft optimieren, indem wir die unterschiedlichen Fördertöpfe sowohl
157 auf europäischer als auch auf Bundes- und Länderebene stärker verzahnen,
158 entbürokratisieren und zu sektor- und ressortübergreifenden Programmen umbauen.
159 Ohne ihre jeweils eigenständigen Förderziele aufzugeben, müssen vor allem die
160 Regeln der einzelnen Programme vereinfacht, aneinander angepasst und für sich
161 gegenseitig ergänzende Maßnahmen durchlässig werden. Dazu gehören
162 beispielsweise auch Förderprogramme für lokale Energiegenossenschaften.
- 163 • Jede Investition vor dem Hintergrund des demografischen Wandels einem
164 Nachhaltigkeitscheck unterziehen, der eine bedarfsgerechte Planung durch
165 tatsächliche Bedarfsermittlung ermöglicht.
- 166

167 **Was bedeutet Lebensqualität?**

168 Der aus den 60er Jahren stammende Grundsatz der Herstellung gleichwertiger
169 Lebensverhältnisse in allen Landesteilen gilt bis heute. Eine verordnete Auflistung der
170 Garantien, für die der Staat in allen Regionen gerade stehen muss, gibt es allerdings nicht.
171 So unterscheiden sich faktisch Regionen stark, wenn es um die Bereitstellung der
172 Daseinsvorsorge geht. Für uns ist klar: Gleichwertigkeit bedeutet nicht Gleichmacherei.
173 Regionen sind unterschiedlich und brauchen individuelle Betrachtung. Es muss ihnen
174 möglich sein, ihre Investitionen zu priorisieren, um Teilhabe aller an der Gesellschaft zu
175 ermöglichen.

176

177 **Politische Diskussion endlich forcieren!**

178 Auch wir müssen uns innerparteilich der Diskussion stellen, wie wir zu diesen Fragen stehen.
179 Es handelt sich keineswegs um eine abstrakte Frage, sondern um konkrete politische

180 Implikationen. Es gilt, in dieser Zukunftsfrage einen gesellschaftlichen Konsens herzustellen.
181 Daher wollen wir Grüne in den Dialog mit allen Beteiligten und AkteurInnen treten, um
182 unsere Regionen fit für die Zukunft zu machen. Wir fordern nach dem Vorbild Mecklenburg-
183 Vorpommerns, Bayerns und Brandenburgs eine Enquete-Kommission im Saarländischen
184 Landtag zum Thema „Gleichwertige Lebensverhältnisse im Saarland“. Die Kommission soll
185 neue Modi der Regionalentwicklung beleuchten, regionale, Landes- und Bundespolitik
186 verzahnt betrachten und Querschnittsthemen aufspüren, die insbesondere auf ländliche
187 Räume wirken.

188 Die politische Diskussion über die Zukunft unserer Regionen muss endlich auf breiter Basis
189 geführt werden. Nicht nur die Haushaltssituation erfordert konsequentes Handeln, sondern
190 auch der demographische Wandel. Grün geht voran.